

Erscheinung in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
R. M. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Hoff,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementpreis  
für ganz Deutschland  
1 M. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1. u.  
3ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen; im Hgr. Sachse-  
n. Dr. G. H. S. Altendorf  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 51 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreizehnpaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 52.

Freitag, 7. Mai.

1875.

## Nationalökonomie.

III.

### Die Vertheilung des Arbeitsertrages.

(Schluß.)

Wie groß diese Verklärung des Antheils der christlichen Arbeit am Arbeitsertrage ist, vermögen wir für unsere deutschen Verhältnisse aus Mangel umfassender statistischer Nachrichten nicht zu berechnen; es läßt sich jedoch annehmen, daß unsere Zustände in dieser Hinsicht denen Englands nur um Weniges nachstehen. Ueber Englands Verhältnisse giebt uns nun ein Werk des dortigen Nationalökonom und Statistikers Dudley Baxter genaue Auskunft. Wir citiren nach Dr. Dühring: *Course der National- und Sozialökonomie.*

Von den 800 Millionen Pfund Sterling, welche das Gesamteinkommen der englischen Nation bilden, entfallen auf den Arbeiterstand 300 Millionen Pfund, und 500 Millionen bezieht die übrige Gesellschaft. Der Antheil der Arbeit beträgt also nur  $\frac{3}{8}$  des Nationalertrages, d. h. der Summe aller Bodenerträge, Kapitalgewinne, Zinseinkünfte, Gehälter und Löhne. Die übrigen  $\frac{5}{8}$  vertreten hauptsächlich die Besitztümer und was ihr ähnlich ist. Wenn hier ein Irrthum möglich, so kann er das Verhältnis nur noch ungünstiger gestalten, da die höheren Einkommen leicht unterschätzt werden können, die Löhne dagegen nach Quellen veranschlagt sind, bei denen eher eine Ueberschätzung vorausgesetzt werden kann.

Ihr volles Gewicht erhalten diese Zahlen aber erst, wenn man sie mit der Kopfzahl der zugehörigen Bevölkerung vergleicht. Mit dem kleineren Antheil von  $\frac{3}{8}$  müssen sich 23 Millionen Menschen begnügen, während der größere Antheil von  $\frac{5}{8}$  von 7 Millionen Menschen bezogen wird. Der Arbeiterstand beträgt also seiner Anzahl nach mehr als  $\frac{1}{4}$  der gesammten Bevölkerung, und die übrigen Klassen belaufen sich mit ihrer Kopfzahl noch nicht ganz auf  $\frac{1}{4}$ . Rame es also auf das persönliche Element an, so wäre der Arbeiterstand den nicht arbeitenden Gesellschaftsmitgliedern dreifach überlegen. Bei einer nach der Kopfzahl vorgenommenen Vertheilung würde der Arbeiterstand  $\frac{3}{8}$ , also gerade doppelt so viel Antheil am Gesamteinkommen haben, als heute.

Die Löhne und Gehalte aller Arbeiter sind aber unter sich noch so sehr verschieden, daß Einzelne verhältnismäßig schon sehr reichlich bezahlt werden, andere ein eben auskömmliches Einkommen beziehen und nur die große Masse in ganz bebrängter Lage sich befindet. Da nun die beiden ersten Gruppen eine Verdoppelung des Einkommens nicht beanspruchen können, würde durch einen Ausgleich das Einkommen der schlechtestgestellten Arbeiter nicht bloß verdoppelt, sondern sogar verdreifacht werden können, selbst wenn der arbeitslose Erwerb noch den vierten Theil des Gesamteinkommens für sich behalten dürfte.

Man sieht aus diesen Angaben ziffermäßig, wie sehr durch die heutigen Gesellschafts-, Produktions- und Eigentumsverhältnisse dem materiellen und damit natürlich auch dem geistigen Aufschwung der Arbeiter entgegengegearbeitet wird; jede christliche Prüfung dieser Zustände muß zu der Ueberzeugung führen, daß dieselben im höchsten Maße ungerecht und daher auf die Dauer unhaltbar sind.

Rebenbei widerlegen die statistisch unanschätzbaren Zahlen Baxter's die vielfach verbreitete und meist in gutem Glauben angenommene Meinung, daß ein Ausgleich des Einkommens den ärmeren Klassen um deswillen keinen Vortheil zu bringen vermöchte, weil die Zahl der reichen Leute und der Gesamtertrag ihres Einkommens relativ viel zu gering sei, um durch Vertheilung unter die Millionen von armen Leuten für den Einzelnen eine irgendwie nennenswerthe Verbesserung herbeizuführen.

Wenn nun schon ein einfacher Ausgleich des Einkommens unter den Klassen der Arbeiter und Capitalisten eine Verdoppelung des bisherigen Einkommens der Arbeiter herbeiführen müßte, so würden die hieraus entstehenden indirekten Folgen noch eine bedeutende Erhöhung des Wohlstandes der Arbeiter verursachen.

Das Einkommen der Capitalisten würde, wenn wir die Baxter'schen Zahlen festhalten, von  $\frac{5}{8}$  auf  $\frac{1}{4}$  des Gesamteinkommens ermäßigt, also  $\frac{1}{5}$  dieses Betrages würden dem Arbeiterstande zu Gute kommen, dem Capitalistenstande entzogen. Damit wäre dem Letzteren die Möglichkeit genommen, eine Anzahl von Arbeitern zu persönlichen Dienstleistungen und zur Luxusfabrikation zu verwenden; dieselbe Geldsumme aber, welche heute zur Bezahlung des Luxus und der Dienstboten angewendet wird, würde dann von den Arbeitern zum Ankauf von besseren Lebensmitteln, Kleidern, Wohnung und dergleichen verwendet; durch die vermehrte Nachfrage nach diesen Consumartikeln würde die Produktion derselben durch Beschäftigung aller Dienstboten und Luxusbearbeiter vermehrt und es somit ermöglicht werden, die auf den Einzelnen fallende Portion zu vergrößern!

Diese Zustände, die wir für England ziffermäßig nachzuweisen vermögen, finden sich, mehr oder minder stark ausgebildet überall, wo die modernen Rechts-Eigentums- und Produktionsverhältnisse in Geltung stehen; Abhilfe kann also nur durch Abänderung dieser Verhältnisse herbeigeführt werden.

Die Gegner des Sozialismus, vor allen die Spar- und Harmonieapostel wollen dem nicht abzuleugnenden Mißstande dadurch abhelfen, daß sie die Arbeiter zum Sparen ermuntern; dieselben müßten also aus den Arbeitern kleine Capitalisten machen. So vernünftig und empfehlenswerth es nun auch für die Privatwirtschaft des Einzelnen ist, sich durch Sparen einen Rothgroschen zuzulegen, so wenig vermag ein allgemeines Sparen der Arbeiter die Gesamtlage derselben als Klasse zu verbessern.

Angenommen, die Nebenarten des Herrn Julius Schulze, der jedem Arbeiter ein hübsches Häuschen mit Gärten und netter Einrichtung, dazu noch einen erklecklichen Rothgroschen als Resultat seines Sparrezeptes verspricht, würden wirklich einmal zur Wahrheit; — woran natürlich Niemand glaubt, selbst Julius Schulze nicht; — wäre denn in der Classenlage dadurch irgend etwas gebessert?

Die Arbeiter nehmen zwar im Kleinen Theil an der durch den Kapitalgewinn an dem Arbeitsertrage der christlichen Arbeit vollzogenen Theilung; je größer aber dieser Capitalgewinn im Verhältnis zum Gesamtarbeitsertrag ist, desto geringer wird ja, wie wir bewiesen haben, der Antheil der Arbeiter am Arbeitsertrag. Wenn wirklich alle Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen durch Sparen zu kleinen Capitalisten werden, so wird ihnen, als Klasse, das, was sie an Zinsen gewinnen, am Lohn wieder abgezogen; freilich nicht immer am direkten Geldlohn, aber immer an dem, ihnen auf Grund des Arbeitsrechts zustehenden Antheil am Gesamtarbeitsertrag.

Gründliche Abhilfe kann also nicht durch die Recepte der Spar- und Harmonieapostel, sondern nur durch den Sozialismus geschafft werden, welcher nicht, wie die Gegner dummer und verlogener Weise behaupten, eine allgemeine Theilung herbeiführen, sondern der heute auf Grund des Kapitalgewinns bestehenden ungerechten Theilung ein Ende machen will.

## Ueber die Schaubühne und ihre Zukunft.

(Fortsetzung.)

Der Fluthanbruch der Revolution blieb nicht ohne Ebbe. Den gefährlichen Ras der Völker nach Wohlfahrt und Freiheit hatte man mit Kriegesgeheul und im Donner der Kanonen glücklich zu überwinden gewußt, und triumphirend konnte nun den in jahrelanger Anstrengung unerschöpflichen Völkern die Reaction den Fuß auf den Nacken setzen. Die besseren Ideen der Menschheit waren wieder einmal in Meeren Blutes glücklich erstickt worden. Nun galt es, die Bevölkerung nach den verderblichen Aufregungen der letzten Jahrzehnte zu „quiesciren“ und ein riesiger Polizei- und Spionierapparat war bestimmt, jede freiere Regung zu überwachen und im Keim zu ersticken. Daß da kein Raum blieb für eine freie Entwicklung des Schauspiels, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Das war denn die rechte Zeit gekommen für die *Rogebue*, *Iffland*, *Schröder* u. c., bei deren unsäglich hohlen, sich in den kleinlichsten, engbürgerlichsten Verhältnissen und Anschauungen bewegenden, für alle größeren Interessen völlig stumpfen „Nüchternen“ der christliche Gewürzkräuter mit Frau und Töchtern Büche von Tränen vergießen durste, bei deren mehr als harmlosen, den engen Rahmen des Familienklassen und der Liebes-Intigue sorgfältig innehaltenden Lustspielen er sich nach Belieben amüßern durfte. Auf diesem Boden erwuchs denn auch die berühmte „Schicksalstragödie“, so ganz entsprechend einer apathisch gewordenen Zeit, die es ja auch für das „Schicksal“ der Völker anfang, von ihren Königen nach Willkür in Kriege geht und dann belogen, betrogen und malträtirt zu werden, so ganz entsprechend der Zeit der Wiederaufklärung einer krankhaften Romantik und eines sanatischen Mysticismus, der Zeit der Geistesseherei und der religiösen Verblendungen, der Zeit der vernunftverwerfenden, in Wahrheit nichts als die corrupte Gefinnung ihrer Erfinder „beweisenden“ Phrasengebäude der Schelling und Hegel, der Zeit der frommelnden Deutschkümelei und -Pümmelei, der Zeit der heiligen Allianz, der Zeit der Demagogengehen und Denunziationen, der Zeit der Blut- und Schandthaten des Ruderthums, und wie all das lichtlose Nachgebilde des Wahns, des Verbrechens und der Niedertracht sonst noch heißen mag, das in seinen Höhlen verborgen, so lange es tagt, aus diesen hervorgekriecht kommt, sobald die Reaction ihr freundlich schützendes Dunkel verbreitet. — Diese ganze Epoche des Schauspiels läßt sich vielleicht nicht treffender charakterisiren, als indem man darauf hinweist, daß der bedeutendste Repräsentant der Tragödie ein Metternich'scher Beamter, der bedeutendste Repräsentant des Lustspiels ein russischer Spion war.

Eine Erkenntniß, das sei an dieser Stelle bemerkt, ist es denn auch, die uns aus der gesammten Geschichte des Schauspiels klar und unverkennbar entgegenleuchtet: Wie alles Gute und Edle, so gedeiht auch die herrliche Blume dramatischer Dichtung nur unter'm warmen Frühlingshauch der Freiheit und im offenen Garten des Volkes, während sie unter dem Eisewehen der Reaction oder im Pflanzhaus der Hölle verkümmert und verdorrt. „Denn dort“, um mit dem edlen Schiller zu sprechen,

... wo Sklaven hien, Despoten walten,  
Wo sich die eitle Afergröße blüht,  
Da kann die Kunst das Edle nicht gestalten.

Nur mit der Wahrheit wird es sich vermählen,  
Und seine Bluth durchflammt nur freie Seelen.

Aus dieser Epoche datirt auch die bekannte Verordnung des gottseligen Königs Friedrich Wilhelm III., laut welcher das Theater, daselbst, welches viele sonst auch ganz verständige Leute als „moralische Anstalt“, als „allgemeines Bildungs-Institut“ angesehen haben wollen, von welchem sie meinen, daß ihm in jedem wahrhaft „geordneten“ Staatswesen eine freie, unabhängige und geachtete Stellung gebühre, unter die „öffentlichen Anstalten zur Bequemlichkeit (!) und zum Vergnügen“ zu rangiren hat und als solche der polizeilichen Controlle untersteht (also ganz nach Art

der Bordelle). Es ist diese „Verordnung“ ein Denkmal an der Perennität für den hohen Sinn für Kunst und Wissenschaft, der das Haus der Hohenzollern von jeher ausgezeichnet hat, und über welchen für etwaige Zweifler alles Nähere bei den Herren Dubois-Reymond, Rommsen, Treitschke und andern königlichen „Leibgardisten“ zu erfragen ist.

Allerdings — das sei gerne zugestanden — entsprach und entspricht die Tendenz jener Verordnung durchaus den thatsächlich vorhandenen Verhältnissen. Denn das ist ja bekannt, daß unsere modernen Schauspielhäuser für unsere „höhern“ Klassen eben nichts weiter sind, als höhere Bordelle, gleichwie wir speziell in unsern „Hoftheatern“ bekanntlich nichts weiter zu sehen haben, als die Scenais unserer allerchristlichsten Großtürken. Welche dem jungen weiblichen Schauspielertalente, das, in reiner Begeisterung für seinen Beruf, diesen auch ganz zu erfüllen glaubt, sobald es sich eben seiner Kunst mit Ernst und Eifer gewidmet hat. Gar bald wird es darüber belehrt werden, daß es vor Allem gilt, sich eine Anzahl Hochgeborener oder reicher Dilettanten zu „Gönnern“ und „Freunden“ zu „erwerben“, und daß bis dahin alles Streben, alles Können vergeblich ist.

Nicht unerwähnt mag hier auch bleiben, daß die angesehensten Dramaturgen unserer Zeit für die Schaubühne einstimmig nichts mehr und nichts weniger verlangen, als — — „Staatshilfe“, d. h. Befreiung ihrer Bedürfnisse aus den öffentlichen Budgets, weil nur so das Theater, gleich weit entfernt einerseits von den fürstlichen Paskalannen, den höfischen und politischen Rücksichten der Hoftheater, sowie andererseits von den kleinlichen „Geschäfts“-Interessen des Privatunternehmers, unbeeinträchtigt und unbeeinflusst seine schönen Zwecke verfolgen könne. So sehen wir vielfach im Einzelnen Dasjenige als nothwendig anerkannt und vertreten, was, zum Ganzen vereinigt und mit Consequenz durchgeführt, nur Heulen und Zähneklappern verursacht.

Wir haben jetzt nur noch jener vorübergehenden bessern Strömung Erwähnung zu thun, welche — gleichsam als Vorahnung der Märzereignisse — durch das junge Deutschlands dießseits des Rheins, durch die (mit Unrecht so genannte) romantische Schule jenseits des Rheins über die Schaubühne ging, und stehen nun in der nachmärzlichen Epoche, in der Gegenwart.

Wie steht es nun heute auf der Schaubühne aus?

Was vorerst das Lustspiel betrifft, so ist es heute ausschließlich der enge Kreis des häuslichen Lebens und der plattesten Alltagslichkeit, aus dem es seine Stoffe holt. Denn irgend jemals, so findet heute der Ausdruck eines gewiegten Kenners der Schaubühne seine Anwendung, im schlechten Sinne seine Anwendung, daß, gleichwie die Dramatik immer dann in Blüthe stand, wenn sie sich mit den politisch-sozialen Zuständen der Zeit beschäftigte, es immer auch das sichere Anzeichen ihres Verfalles war, wenn der beschränkte Kreis des Familienlebens, der Geschlechtsliebe und der kleinen Listen und Ränke, mit welchen diese zu ihrem Ziele zu gelangen sucht, ihren Hauptgegenstand bildete. Und da sich auf diesem an sich so begrenzten Gebiete absolut nichts Neues mehr erfinden läßt, so sind unsere heutigen „Lustspiele“, diese moderne Fabrikwaare der Dichtung, regelmäßig nichts weiter als verwaschene Abklatsche längst dagewesener besserer Vorbilder, ja haben sich gar schon förmliche Schablonen für gewisse immer wiederkehrende, sprichwörtlich gewordene Lustspielfiguren und Situationen herausgebildet, nach welchen diese Dugendartikel nun rasch und ohne viel Mühe hergestellt werden, und die denn auch in keinem dieser Stücke fehlen. Dabei geht durch diese ganze, so harmlos und naive thuernde Darstellungsweise des modernen Familienlebens, die in so kraffem Gegensatz steht zu der thatsächlichen Fäulnis desselben gerade in jenen Schichten, mit welchen sich das heutige Lustspiel ausschließlich beschäftigt, ein Zug anwiderndster, vermurdestester, echt deutscher Heuchelei. Ihr läßt, möchte man den Spielern auf der Bühne gerne zurufen, so sind die Menschen, so ist die Welt, so ist die Gesellschaft nicht, wie ihr sie zeichnet, ihr läßt!

Im niederen Lustspiel, der heute sogenannten Poisse, ebenso anziehend wie nützlich und schätzenswerth, wenn sie unter der Maske des Schalkes nur um so wirkungsvoller gegen bestehende Zu- und Mißstände loszieht, herrschen heute König Blödsinn und Königin Jote unumschränkt. Die täppischen Grimassen und plumpen Späße des Postenreiters sind eben das Einzige, wofür jene schwachsinig und kindisch gewordene Debauche, wie sie heute unsere Theater füllt, ungeführt noch Verständnis hat — angenommen allerdings die ebenfalls hierhergehörigen Weiberausstellungen und -Märkte der „Ferien“, „Ballette“ und „Operetten“, die denn auch stets weit mehr „ziehen“, als die classischsten Stücke unserer classischsten Dichter zusammengenommen, und die in ihrer Gemeinheit in der That an das altromische Theater aus den schönsten Zeiten des „Reiches“ erinnern. Fehlt es doch in dem von unsrer „gebildeten“ Ständen gleichfalls so sehr cultivirten „Circus“ nicht an echt römischen Thier- und Menschenhegen. —

Unter die Kategorie des modernen Lustspiels gehört auch ein Genre, das auf der heutigen Schaubühne eine viel zu charakteristische Rolle einnimmt, als daß wir es hier unerwähnt lassen könnten. Wir meinen das französische „Sittendrama“. Unsere deutschen Reichs-Kritiker vom Schlage unseres allbekanntesten und allgeschätztesten Julian, voll Zucht und frommer Sitte, wie sie nun einmal sind, schlagen bekanntlich schamhaft erröthend die Augen nieder, sobald jener Name von ihnen auch nur ausgesprochen wird. Wir unsererseits erlauben uns, die Sache ein wenig anders anzusehen. Wir sind einfach der Meinung, daß es gar niemals „unmoralisch“ sein kann, die Wahrheit zu sagen! Und daß jene

\*) stille zu machen.

\*) dauernder als Erz.



Sittenbilder uns nichts als die rechte, laute, schmutzige Wahrheit erzählen und damit gegen die „respectabel“ thurende Heuchelei des deutschen und des englischen Lustfisches allerdings auf's Ortelste abfecken, das vermag nur die liberalste Verlogenheit zu bestreiten. (Oder will man allen Ernstes die Pariserläge aufrecht erhalten, jene Schilderungen betreffen ausschließlich die verkommene französische Gesellschaft, und nicht uns stülische Deutsche?) In Jügen, die jeder Kenner des modernen Gesellschaftstreibens als der Wirklichkeit getreulich entnommen bekräftigen muß, wird uns da die stinkende Häutigkeit und fortschreitende Zerlegung des Familien-, des ehelichen und gesellschaftlichen Lebens unserer herrschenden Klassen geschildert, wird uns da Einbild gewährt in Leben und Leiden jener gefallenen Töchter der Armuth, jener namenlos unglücklichen Opfer einer Gesellschaft, die alles zu „kaufen“ gewohnt ist, für die alles seinen „Marktpreis“ hat, jener Wesen, deren Dasein allein schon genügen muß, um jeden denkenden Proletarier mit einem einzigen Gefühle voll und ganz zu befeelen: dem Hasse, dem tödtlichsten, unauflöslichsten Hasse nämlich gegen Alles, was moderne Gesellschaft heißt. Jedes einzelne dieser Stücke ist die heftigste Satire auf die fattsam bekannten Tiraden, mit welchen sich das herrschende System voll wichtigthuender Augenverdreherei als den alleinigen Hort und Beschirmer der bedrohten „Familie“, der gefährdeten „Sittlichkeit“ hinstellen liebt. Nicht wahr, da wird es begreiflich, warum man dieses indiskrete Ausplaudern all der kleinen geheimen Privatvergünstigungen und intimen Hausangelegenheiten höchst „unmoralisch“, „shocking“ findet! Nur immer zu ihr Dumas, Feuillet, Sardou! „Rien n'est beau que le vrai.“\*) Reist ihm die frische Heuchelmaste herunter, diesem Geschlechte Tartüffes, und haltet ihm eweren Spiegel vor die echte Frage hin, so sehr es sich auch dagegen sträubt und windet, — wir klatschen Beifall!

(Schluß folgt.)

## Die Behandlung der politischen Gefangenen in Preußen

(Fortsetzung statt Schluß.)

Abg. Windthorst-Neppen: Ich stelle keinen Antrag, sondern lediglich eine Frage, und zwar auf Grund der Reichstags- und Landtagsverhandlungen. Der Herr Borredner hat sich nur recht sophistisch zurückziehen wollen, denn meine Interpellation schließt keineswegs aus, daß bei der Instruction auch andere Gefangene berücksichtigt werden. Ich habe nur die politischen Vergehen hervorgehoben, weil diese augenblicklich sich im Vordergrund befinden. Daß der Ausdruck „politische Verbrechen“ so unbestimmt sei, ist ein Irrthum; wenn der Borredner sich niemals mit dem Abschluß von Auslieferungsverträgen befaßt hätte, so würde er wissen, daß politische Vergehen in demselben sehr genau nach den Paragraphen des Criminalgesetzes specialisirt werden. Der Justizminister hat rundweg erklärt, es sei nichts erlassen; der Minister des Innern schweigt. Das ist im höchsten Grade auffallend, da er bei der Statberathung viel erzählt hat von den Schreibereien mit dem Justizministerium, und daß er schon Instructionen ausgearbeitet habe. Das reime sich zusammen, wer kann. Ich kann die Herren Minister nicht zwingen, sich des Weiteren zu erklären, constatiren will ich nur, daß nach allen Bemühungen nichts erreicht worden ist als eine absolute Verneinung des Justizministers.

Justizminister Dr. Leonhardt: Ich bin mit dem, was der Abg. Götting bemerkt hat, vollkommen einverstanden; eine Reform des Strafvollzuges ist in Vorbereitung. Dem Abg. Windthorst bemerke ich aber, daß er sich von seiner Interpellation vollständig entfernt und mir etwas vorwirft, wozu ich nicht die allermindeste Veranlassung gegeben habe. Ist denn im Reichstage oder im Abgeordnetenhaus ein Beschluß gefaßt worden, daß der Strafvollzug an politischen Verbrechen geregelt werden soll? Es ist beantragt worden, daß von Reichs wegen der Strafvollzug geregelt werden solle. Daß das nicht geschehen soll, habe ich nicht behauptet, das ist ein ganz anderer Gegenstand. Die Reform ist in neuester Zeit von der vierten Abtheilung des Reichsanwalteramts (Reichs-Justizamt) in Angriff genommen, die preussische Regierung hat den Gegenstand vor langen Monaten schon in Angriff genommen und ist in der Ausarbeitung weit vorgeschritten; sie wird auch hier wie in anderen Dingen dem Reiche vorarbeiten. Uebrigens sollte der Borredner wissen, daß ich, wenn ich eine Sache in Angriff nehme, auch den erforderlichen Fleiß darauf verwende.

Abg. Ebertz: Man muß dem Herrn Justizminister darin beifolgen, daß es keine Seltsamkeit giebt, welche ihn ermächtigen, Anordnungen zu erlassen, welche eine besondere ausnahmsweise Behandlung der politischen Gefangenen rechtfertigen. Aber in Beziehung auf die Anwendung des Gesetzes giebt das in unseren Gesängnissen herrschende System der Cellularhaft einen Spielraum der Anwendung, der eine Berücksichtigung der Individualität gestattet. Hieron abweichend ist der Satz, daß alle Gefangenen gleich behandelt werden müssen. Wenn zwei dasselbe bulden, ist es nicht dasselbe. Wenig ist es, einen Menschen der Freiheit zu berauben, Bedenken erregt es, diesem Uebel ein neues Gewicht hinzuzufügen. Ich gehöre zu den entschiedensten Gegnern der Partei der Interpellanten. Denn diese Partei will nicht die Freiheit, sondern die geistige Knechtschaft. Aber ein Unterschied ist doch zwischen politischen Verbrechen und zwischen solchen, welche Rassendefecte oder Betrügereien verübt haben. Daß ein solcher Unterschied, eine solche Berücksichtigung der Individualität wünschenswerth sei, darin wird man wohl dem Interpellanten beifolgen müssen.

Justizminister Dr. Leonhardt: Ich habe ganz klar und deutlich ausgesprochen, der Strafvollzug müsse erfolgen unter Berücksichtigung der Individualität des Thäters, nicht der That.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Der Abg. Ebertz hat sich wenigstens des gekänkten Rechtes und der mißhandelten Gefangenen angenommen, er ist aber auf der linken Seite des Hauses ein Unicum\*\*), wenigstens hat er keinen großen Beifall gefunden. Der Justizminister hat sein Einverständnis mit dem Abg. Götting erklärt; was ich also gegen diesen sage, kann sich auch der Justizminister anziehen. (Heiterkeit.) Der Abg. Götting bemerkte, daß nach seiner Meinung die Vergehen gegen die Raigelese und Preservergehen nicht zu den politischen Vergehen gehörten. Die Partei des Abg. Götting war sonst anderer Ansicht, aber heute sind Sie Hammer und Andere Amboß. Was das von dem Redner angeführte Beispiel angeht, so habe ich eine horrendere Aeußerung noch nicht gehört, daß ein Dieb dem gleichgestellt werden soll, der eine geistliche Amtshandlung im Widerspruch mit den Raigelesen vollzieht. Ich kann dem Redner zu seiner Verwägung sagen, daß

in vielen Gesängnissen nach seiner Meinung verfahren wird. Ein Bankrottler im Gesängnis zu Saarouis oder Saarbrücken — ich weiß es nicht genau — genießt alle möglichen Vergünstigungen, besonders die der Selbstbefestigung, während die Geistlichen in demselben Gesängnisse Nichts erlangen können. Der Abg. Götting meint, man sollte doch die Untersuchungsgefängnisse auch humaner behandeln; ich meine, wenn Jemand wegen Mordes oder Raubes angeklagt ist, kann ihm in der Untersuchungsgefängnisse wohl eine strengere Behandlung zu Theil werden, als den wegen Uebertretung der Raigelese Verklagten. (Widerspruch.) Das Verfahren bei diesen Beurtheilungen ist um so gefährlicher, als es verschieden ist; wegen Publikation der Encyclyca sind die liberalen Blätter auf den Wink des Justizministers nicht verurtheilt, die ultramontanen wieder in ganz verschiedener Weise verurtheilt worden. Die Strafvollstreckung ist nun wieder verschieden, je nachdem die Gefangenen einem strengen oder einem nachsichtigen Direktor in die Hände fallen. Man darf sich nicht wundern, daß die Gefangenen bei solcher Behandlung als Märtyrer ihrer Ueberzeugung in den Augen der Bevölkerung erscheinen, und wenn sich das Mißtrauen gegen die Rechtsprechung und die Integrität der Gerichte immer mehr geltend macht. (Lebhafter Widerspruch.) Dies Verfahren gegen die Gefangenen geht unter Ihrer Billigung vor sich; Sie sind ja jetzt Hammer; man weiß aber nicht, ob der Hammer nicht bald Amboß sein kann; ich denke nicht daran, daß unsere Partei der Amboß wäre, dabei würde es Ihnen immer noch am besten geben. Die liberalen Parteien müßten sich zusammenraffen und einem solchen Verfahren ein Halt! entgegenstellen, dann müßte die Regierung einhalten. Sie rufen dies Halt! nicht, wundern Sie sich also nicht, daß damit die Zerlegung Ihrer Partei Hand in Hand geht.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich habe früher gesagt, daß ich im Begriffe sei, eine Instruction zu erlassen wegen der Beschäftigung und Befestigung von gewissen Kategorien von Gefangenen, das war auch der Fall, ich bin zu gleicher Zeit damals mit dem Justizministerium in Verbindung getreten und sah mich deshalb veranlaßt, meine schon entworfene Circularverfügung zu ändern, und bin im Begriffe, diese geänderte Verfügung ergehen zu lassen. Abermals muß ich dagegen protestiren, daß immer wiederholt wird, es finde eine nicht gerechtfertigte schlechte Behandlung der Gefangenen statt. Ich muß vorandringen, daß, wenn irgendwo eine Behandlung stattfindet, die mit den Gesetzen und der Humanität unvereinbar wäre, eine Beschwerde der Art an mich zu bringen wäre, bis jetzt ist dies aber, wie ich wiederhole, auch nicht ein einziges Mal geschehen. Mir macht aber die Schilderung von Leuten, die selbst im Gesängnisse gefesselt haben, mehr Effect, als die Erzählungen über das Schicksal der armen Gefangenen hier im Hause. Ein Herr Paul Erdman (Apat im Centrum) hat eine vierzehntägige Gesängnisstrafe im Gesängnisse am Ploßensee verbüßt, er äußert sich darüber in Briefen an einen Freund, die zur Publicität gelangten, unter Anderem: die ziemlich schwere Kost behage einem, der nicht an dieselbe gewöhnt sei, nicht besonders Heiterkeit, und fährt dann fort: „Außerdem wurde mir, wie den Herren Majunke und Koff und allen anderen Gefangenen, deren Constitution die derbe Gesängnisstrafe nicht verträgt, von dem vortrefflichen Gesängnisarzt Dr. Bir die sogenannte Mittelkost verschrieben, welche darin besteht, daß ich Vormittags um 11 Uhr Bouillon mit einem Stück allerdingens gründlich ausgekostetem Rindfleisch und Abends einen Kibel Milch erhielt.“ Er hat, ehe er die Haft antrat, sich in dem für ihn bestimmten Lokale umgesehen. Dabei hat er Herrn Majunke besucht und sagt: „Ich traf mit Herrn Kaplan Paul Majunke zusammen und unterließ mich wohl eine halbe Stunde lang mit ihm. Er sah sehr wohl und vergnügt aus (große Heiterkeit) und sprach sich über seine augenblicklichen Verhältnisse mit größter Befriedigung aus. (Anhaltende Heiterkeit.) Den im Kloster Erzogenen drückt die Entziehung der Freiheit, die ungläubliche Dürftigkeit der äußeren Verhältnisse, die mir entsetzliche Gleichmüßigkeit und Gleichgültigkeit der Beschäftigung augenscheinlich sehr wenig. Abends, wenn das Glöcklein tönt, sagte mir Majunke, ist mir noch heute so zu Rathe, als ob ich im Kloster wäre.“ (Große Heiterkeit.)

Abg. Hanel: Ich habe niemals das Centrum provocirt und mich selbst allen Provocationen gegenüber ruhig verhalten, aber es giebt in Allem eine Grenze. Ich muß es als eine schwere Schädigung der guten Sache und einen schweren Mißbrauch desjenigen Einflusses, den man in gewissen Kreisen zu haben glaubt, bezeichnen, wenn man in einer Sache, in welcher in Wahrheit alle Parteien einig sind, die Uneinigheit dadurch erzeugt, daß man dem Gegenstande eine tendenziöse Spitze giebt, daß man durch diese tendenziöse Spitze gewisse Gefühle der Unsicherheit über die letzten Absichten einer Interpellation oder eines Antrages hervorruft und sich Uebertreibungen zu Schulden kommen läßt, welche andere Parteien nicht mitmachen wollen, und daß man, wenn insolge davon eine Partei hinter den Intentionen des Antrages zurückbleibt, versucht, den Storienschein besonderer Humanität sich um die Stien zu binden. Ein derartiges Verfahren ist nicht vollständig lokal. Die Tendenz der Interpellation hat der Abgeordnete v. Schorlemer mit anerkennenswerther Offenheit lautgesprochen. Er hat eine Verdächtigung der Unabhängigkeit unserer preussischen Gerichte darangebracht, er hat sich nicht mehr über den verschiedenen Vollzug der erkannten Strafe beklagt, sondern darüber, daß die Gerichte in tendenziöser Weise verschieden urtheilen. Diesen Verdächtigungen gegenüber muß ich constatiren, daß wir alle darin einig sind, daß das Gesängniswesen in Preußen und dem deutschen Reiche einer Revision bedarf, daß der Vollzug der Gesängnisstrafe sich an die Individualität des betreffenden Thäters anschließen muß. Es ist unwar, daß wir Jemanden, der sich Rassendefecte hat zu Schulden kommen lassen — es war das kein ganz gut gewähltes Beispiel, an das man sich gleich anklammert, um Kapital daraus zu schlagen — auf gleiche Stufe mit politischen Verbrechen und dem Geistlichen, der die Raigelese übertreten hat, stellen wollen. Man erzeugt einen unwahren Eindruck im Volke, wenn man an eine Art von Besprechung sich hängt, um daraus die Tendenz der Interpellation in der Weise darzulegen, wie der Abg. v. Schorlemer es gethan hat. Es ist unwar, daß wir in Bezug auf das Gesängniswesen von anderen Ansichten ausgehen als die Herren im Centrum; wir vermeigern nur, ihrer offensbaren Tendenz zu folgen, um nicht die beste Sache zu ruiniren. (Schluß folgt.)

## Politische Uebersicht.

— Soldaten-Leben und -Sterben. Am 7. März d. J. erschoss sich zu Königsberg der königlich preussische Feldwebel Gröning. Kein Hahn krächte nach dem Unglücklichen. Er war der Erste nicht und wird nicht der Letzte sein. Der Moloch braucht Opfer. Nur Ein Blatt (Berliner „Tageblatt“) erwähnte mit ein paar gleichgültigen Worten der Katastrophe, die ein Menschenleben und das Glück einer Familie vernichtet. Uns sind folgende

zwei Schriftstücke von der Hand Götting zur Veröffentlichung übergeben worden. Sie sagen mehr als ein diebständiges Buch gegen den Militarismus.

Meine liebe Frau! Wenn Du diese Zeilen liest, ist Dein Friz nicht mehr unter den Lebenden. Verzeihe mir diesen Schritt. Du weißt, wie mich dieser Hauptmann hat gequält, jetzt ist es aber zu spät; selbst der Major, welcher vom Fourier wissen muß, was ein Hauptmann, Siedert, einem Menschen zu schaffen machen kann, giebt mir Unrecht, indem er etwas bis morgen früh verlangt, wenn ich recht gelten soll, was unmöglich ist. — Meine liebe gute Frau, ich habe alles überlegt, habe auch daran gedacht, daß Du mit Deinen lieben Kindern allein dastehst, aber meine Egre ist mir lieber als alles Andere, ich verzeihe selbst mein Höchstes; daß ich Dich geliebt habe, weißt Du, daß ich aber Ergefühle besitze, darin, meine Liebe, hast Du mich auch kennen gelernt. Denn um meine liebe Familie habe ich so lange gelitten, ich habe um meine Entlassung gebeten, sie ist mir nicht gegeben, willst Du auch wissen warum? Sie wollen mich stützen, um nicht den Hauptmann in schlechtes Licht zu stellen. Liebe gute Frau, mein letztes Gebet war, der Vater im Himmel möge Dich beschützen. Lebe wohl, meine liebe gute Frau, wenn ich Dich nicht gehabt hätte, lebte ich überhaupt nicht mehr, Du hast mir das Leben verüßt, und Dir verdanke ich, mein Leben so lange gestiftet zu haben. Willst Du Gebrauch von Diesem machen, so thue es. Königsberg weiß zwar, warum es geschehen ist. Nochmals, meine liebe gute Frau, verzeihe mir diesen Schritt, unter Thränen ist dies geschrieben.

Königsberg, den 7. März 1875.

Adje meine liebe Therese.

Dein Friz.

## Motive zu dem Selbstmord.

Am 4. März erhielt ich für die 5. Compagnie den Befehl: Die Herren Offiziere im Helm, ein Hornist und ein Schießpahl zur Stelle. Ich las diesen Befehl meinem Hauptmann vor.

Am 5. März früh, etwa halb 8 Uhr, bekam ich durch die Donnanz vom Bataillon den Befehl: Die Unteroffiziere in Manteln. Am 4. Mittags hatte ich bereits, da der Hauptmann wieder das Anretren der Rekruten, noch den Anzug der Unteroffiziere und Befreiten bestimmt hatte (Zeugen: 4 Sergeanten, 1 Vicefeldwebel und Unteroffizier Jacobowich), den Entschluß gefaßt. Ich weiß nicht genau, ob der Hauptmann angeordnet, daß die Unteroffiziere und Gemeinen in demselben Anzug zu erscheinen haben wie die Mannschaft. Nachdem schide ich zu Knauf und ließ fragen, um welche Zeit die Rekruten anzutreten hätten, und es wurde mir gesagt: Um halb 9 Uhr auf dem kleinen Platz.

Am 5. Mittags bezeugte ich dem Hauptmann und er ließ sich von mir den am gestrigen Tage gegebenen Befehl vorlesen; als ich denselben ebenso vorlas wie am 4., fährt mich der Hauptmann an mit folgenden Worten: Den Befehl haben Sie mir gestern nicht vorgelesen. Als ich erwiderte: Sehr wohl Herr Hauptmann! wurde derselbe noch aufgebracht und sagte: Es ist nicht wahr, ich kann Sie als Feldwebel nicht länger gebrauchen; worauf ich erwiderte: Dann bitte ich um meine Entlassung und will ich lieber als Arbeitsmann gehen.

Um mich zu beschweren ging ich zunächst zum Bataillons-Adjutanten und erzählte im Vertrauen, was mir passiert ist und frag, ob die Beschwerde gleich eingebracht werden könne, worauf mir eine Verfügung herausfanden, wonach es gleich geschehen kann, und ich that es.

Der Premier-Lieutenant v. Kamede ließ mir bis zum andern Tag Zeit. Da ich aber eine zu schlechte Behandlung Seitens meines Hauptmannes habe, so folgte ich meinem Bewußtsein als Mensch: entweder mit Ehren untergehen, oder es muß sich ändern.

Dieser Fall steht nicht vereinzelt da; leider habe ich mir keinen dieser Fälle gemerkt und notirt, weil ich als Soldat weiß, daß dem Herrn Hauptmann mehr geblaut wird als mir, denn größtentheils ist es stets unter vier Augen geschehen, daß mir gesagt wurde: Den Befehl haben Sie mir nicht vorgelesen. Ja, es ist schon so weit gekommen, daß Befehle von ihm, welche der Hauptmann selbst 2 oder 3 Tage vorher gegeben hatte, er mir abstritt, welches sämtliche Unteroffiziere mir bezeugen müssen, oder sie wagen es nicht, so lange der Hauptmann beim Bataillon ist. Demzufolge wollte ich einmal ein Ende machen und suchte eine andere Behandlung zu erzielen durch das Abringen meiner Beschwerde, aber leider ist es dieses Mal wieder so wie immer, dem Vorgesetzten wird geglaubt (hat recht), und wir bedauernswürdigen Cecardren müssen büßen.

Heute Mittag wurde ich zum Herrn Major beordert, wo derselbe mir mittheilte, daß ich mich beschweren wollte, daß aber der Herr Hauptmann angeht, es durch Schreiben überhört zu haben, und gab mir zu verstehen, daß es eine nicht begründete Beschwerde sei, oder ich müßte einen Fall ganz genau bezeichnen, wo es schon mehreremal vorgekommen sei. Wie ich schon Anfangs erwähnte, konnte ich mich der Fälle nicht mehr entsinnen, was ich aber unter dem Hauptmann Siedert habe leiden müssen, das weiß nur Gott und ich selbst, weil ich stets an meine Frau und die drei Kinder dachte. Jetzt ist es aber vorbei, Gott wird mein Weib nicht verlassen, so wenig wie meine Kinder. Als ich dieses vernahm vom Herrn Major, stürzten mir natürlich die Thränen aus den Augen, ich schäme mich dieser Thränen nicht, denn wer mein Leiden kennt, weiß was ich ertragen habe; um meine Familie durchzubringen blieb ich als Sklave, denn weiter war ich nichts. Der Herr Major sagte mir zwar: Weinen hilft nichts, wir sind Männer. Ja, ein Mann will ich sein, darum schene ich mich auch nicht, ins Zeugnis zu rücken. Und Da lieber Leser dieser Zeilen, Sorge dafür, daß meine Kinder, so sie Gott erhält, nicht beim Militär bleiben, sondern sage ihnen, sie sollen lieber Arbeitsmann oder Necht werden, wo sie mindestens eine anständige Behandlung zu erwarten haben, wie es Menschen geziemt.

Meine ökonomischen Verhältnisse sind gut geregelt; sollte auch die Welt wegen meinem Selbstmord etwas andres denken, ich schwöre, daß meine Familie es dem Hauptmann Siedert zuschreiben hat. Und damit Gott besohlen.

Königsberg, i. d. Nat., den 7. März 1875.

Friz Gröning.

Friz Gröning ist todt. Seine Frau und seine drei Kinder aber leben. Sollen sie hungern? Soll der Moloch die Knaben verschlingen, wie er den Vater verschlungen hat? — Ein ander Bild: In unserer vorliegenden Nummer berichteten wir von einem Soldaten, der sich in Mainz wegen entehrender Behandlung ertränkt. Ehe er den verhängnisvollen Schritt that, schrieb Theodor Hegmann — das ist der Name dieses neuen Blatzgenen — an seine Eltern:

Mainz, den 23. April 1875. Liebe Eltern! Wenn Ihr diesen Brief erhaltet, bin ich nicht mehr unter den Lebenden, denn mit dem heutigen Tage habe ich für dieses Leben abgeschlossen. Bis jetzt habe ich Alles mit Geduld ertragen und immer gedacht,

\*) engl.: abscheulich, anstößig. \*\*) franz.: Nichts ist schön, außer was wahr ist. Nur das Wahre ist schön. \*\*\*) was nur in einem Exemplar vorhanden ist; höchste Seltenheit.



das nach dieser traurigen Zeit wieder eine andere folgt. Aber was zu toll ist, ist zu toll. Heute Mittag hatten wir Turnen und Bajonnettiren und sollte ich heute zum ersten Mal schon pariren und stoßen wie ein Dreißähriger; weil das nicht Alles klappte, wurde ich von Lieutenant Obg II. so geohrfeigt, wie es mir während meiner Rekrutenzeit noch nicht vorgekommen ist. Ich kann das nicht länger übergehen und muß der Sache ein Ende machen. Liebe Mutter, ich bitte Dich viel tausendmal um Verzeihung für das, was ich jetzt thue, aber es ist nun nicht zu ändern. Tröste Dich und bete zu Gott, daß er meine arme Seele gnädig aufnimmt. Du hast mich unter dem Herzen getragen, hast mich mit Schmerzen großgezogen und nun muß ich zum Dank so traurig enden. Liebe, gute Mutter, weine nicht zu viel um Deinen Sohn und denke, daß er eines natürlichen Todes gestorben, sei und daß Alles nichts ist auf dieser Welt. Ich kann nicht mehr schreiben, denn mein Herz strömt über vor lauter Schmerz. Ich wollte auch dem Onkel und noch so Vielen schreiben, gib ihnen tausend Küsse und Grüße von Deinem treuen Sohn Theodor. —  
Michel schläft Du? Hast Du Opren zu hören? Und Augen zu sehen?

— „Ein Vogel der sein Nest beschützt.“ Herr Hans Blum, den die sächsischen Nationalliberalen in Ermangelung besserer Dienstleute aus der Kallstall-Gasse wieder hervorgeholt haben, und der mit seinem Freunde, dem Karrenkönig Sparig, die sächsischen Reichsfeinde tödtet — par Distance (aus der Entfernung), hat neulich in einer Leipziger Vorstadt — natürlich hinter verschlossenen Thüren — folgenden unvorsichtigen Blödsinn verübt: „Was wolle — es handelt sich um eine Denunziation alles dessen, was nicht freucht und (dem Herkules des 19. Jahrhunderts in die Arme) flucht, an dieser Stelle speziell der sächsischen Conservativen — Was wolle die Partei, die einen Herrn v. Behren zu ihrem Führer zählte, der die bekannte Verleumdung (?) gegen den Leipziger, nationalliberalen Bürgermeister Dr. Koch in der Kammer geschleudert, die einen Mann wie Graf Hohenthal (Dr. von Friesen ist gemeint — Hans hat nicht einmal das zum Denunzieren nötige Gedächtnis) als hervorragendes Mitglied betrachtet, der seiner Zeit Herr Behel in seiner Dreckschneiderei aufsucht, um sich mit ihm über die Möglichkeit des Handinhandgehens zu besprechen (von Hans einfach gelogen)?“ — So weit hat Hans bloß dummes Zeug geschwätzt, denunziert und gelogen. Nun aber wird er fürchterlich — für seine Freunde, ein Beweis, daß das onkale Terribile sich nicht gebessert hat. Hans hat nämlich die entsetzliche Raweität hinzuzufügen: „Das sei gewiß nicht die ehrenwerthe konservative Partei wie in Preußen, die tren und unerschütterlich sich um den Thron schauert, ic. ic. ic.“ Also, unglücklicher Hans, die ehrenwerthe konservative Partei in Preußen treibt keine derartigen Praktiken, wie Du sie den sächsischen Conservativen angelümt hast? B. B. sie liebäugelt nicht mit Sozialdemokraten, schlägt ihnen kein Handinhandgehen vor? O al taouisses! Hans, Hans! wir können es Dir schwarz auf weiß zeigen, daß Mitglieder der „ehrenwerthen konservativen Partei in Preußen“ genau dasjenige sehr heftig erprobt haben und erstreben, was Du den sächsischen Conservativen anlügst! Wir können Dir ferner einen gewissen Wagener nennen, der lange Zeit Haupt der „ehrenwerthen konservativen Partei in Preußen“ war und jetzt noch (trotz moralischer Abmündung durch Deinen Parteichef Lafer) vornehmster Rathgeber, politisches Faktotum des Herrn Reichskanzlers ist, und der sehr stark für ein Handinhandgehen der Sozialdemokratie mit den Conservativen gewirkt, die Sozialdemokratie mit den bestmöglichen, an Nothzucht grenzenden Liebeswerbungen verfolgt hat, wofür sich Beweise erbringen lassen. Wir können Dir ferner einen gewissen Junker Bismarck nennen, der doch gewiß zu den „hervorragenden Mitgliedern“ der „ehrenwerthen konservativen Partei in Preußen“ gehört, und der sehr angelegentlich ein „Handinhandgehen“ mit der Sozialdemokratie erstrebt hat — leider erfolglos, schon aus dem einfachen Grunde, weil die Sozialdemokratie nicht die Hand eines Mannes annehmen kann, für den, seinem eigenen Geständnis nach, „kein anständiger Mensch schreibt.“ Und nun genug, Hans — Du wirst jetzt wohl eine Ahnung davon haben, welche grenzenlose — „Genialität“ Du verübt hast!

— Im „Neuen Sozialdemokrat“ (No. 51) lesen wir: Es hat sich schon längst als Nothwendigkeit herausgestellt, daß die vielen tausend Thaler, welche alljährlich an dem „Neuen Sozialdemokrat“ und unseren sonstigen Drucksachen seitens der Druckereibesitzer als Unternehmerrönginn verdient werden, der Partei selbst zu Gute kommen. Es läßt sich dies auch leicht durch Begründung einer Assoziationsbuchdruckerei, wie solche für den „Vollstaats“ schon besteht, bewerkstelligen.

Selbstverständlich darf es sich dabei nicht um ein Schulzedelegirtes Selbsthülfermannöver einzelner Personen zu egoistischen Zwecken handeln, sondern es muß sämtlichen Parteigenossen, sämtlichen Abonnenten der Parteiblätter möglich gemacht werden, daß sie durch einen geringen Beitrag Mitglieder der Assoziation werden und als solche über dieselbe demokratisch verfügen können.

Die zur Begründung einer solchen Assoziation formell nötigen juristischen Schritte beim Berliner Handelsgericht haben stantgemäß. Die damit betrauten Parteigenossen Hasenclöder, Haselmann und Radow haben — da das Statut der Genehmigung des Handelsrichters bedarf — das vorläufig bei der Konstitution festgestellte Assoziationsstatut demselben eingereicht. Dasselbe ist in der That jetzt genehmigt worden.

Wir werden daher in einer der nächsten Nummern dies Statut veröffentlichen, und die Parteigenossen mögen es einer Prüfung unterziehen.

Vor dem Congreß zur Vereinigung der Social-Demokratie finden keine weiteren Schritte statt; nachdem derselbe vorüber ist, mögen die Parteigenossen aber der Assoziation zahlreich beitreten. Es wird zwischen dem 1. Juli und 1. October, und zwar vor der Eröffnung der Druckerei, eine außerordentliche Generalversammlung der Assoziation stattfinden, in welcher die Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrathes, sowie die nöthig erscheinenden Statutenänderungen stattfinden sollen und von welcher ab der eigentliche Betrieb beginnen wird.

— Eine Nichtigstellung. Die „Berliner Pädagogische Zeitung“, herausgegeben von Robert Gobe, schrieb in ihrer No. 5 vom 30. Januar v. J.: „Ueber den Beschluß der Königsberger Stadtverordneten vom 22. Dec. v. J., durch welchen die Volksschullehrer der Stadt von der Servidentität befreit, die allen andern sächsischen Beamten, insbesondere auch den „höheren“ Lehrern zuerkannt wurde, ausgeschlossen wurden, sagt ein Correspondent der „Fr. Lehrtz. f. d. Pr.“: „Warum konnten die Väter unserer Stadt und diese Nichtbeschwerung nicht bis nach dem Feste aufheben?“ Auch in diesem Falle hätten wir nichts gehabt, unsern

Kindern zu beschweren, unsere Frauen in den Stand zu setzen, den Hunger der Familie während der Weihnachtszeit in etwas festigsmäßiger Weise zu stillen; aber es hätte uns wenigstens das bekannte Schulmeisterjambrot, die Hoffnungslosigkeit, nicht gefehlt. Der letzte Rest von Weihnachtsfreude wäre den Königsberger Volksschullehrern aber durch den Gedanken verziffelt worden, daß grade der entschieden liberale Dr. Joh. Jacoby derjenige gewesen sei, der das entscheidende Wort gegen die Bedeutung der „Elementarlehre“ gesprochen hat. Nur den Gymnasiallehrern traut er die Fähigkeit und den Willen zu, „tüchtige Bürger zu erziehen.“ Also die Lehrer der 95 Prozent will auch dieser große Volksmann ihrem Schicksale überlassen, sie zwingen, außerhalb der Schule nach den nothwendigsten Existenzmitteln zu suchen. Und doch müßten grade die Lehrer der Kinder der Uadmittelten, denen im Hause genug unverschuldete Bernachlässigung und Vernachlässigung zu Theil wird, ganz besonders tüchtig und freudig sein und sein können, wenn sie aus ihren verkümmerten Schulen „tüchtige Bürger“ erziehen sollen. Es that dem Correspondenten leid, die Volksehrwürdigung des Herrn „Bierfragen-doctors“ unter das tönende Erz und die klingenden Schellen, ihn selber unter die Vorhelden rechnen zu müssen, denen die Liberalität nur auf der Zunge lebt. Die „Fr. Lehrtz. f. d. Pr.“ bittet ihren Correspondenten, dem Herrn Dr. Jacoby kein Unrecht zu thun, er sehe wahrscheinlich die Volksschule und also auch ihre Lehrer „im Dienste gegen die Freiheit.“ — Wir stimmen dem bei, können aber doch unser Bedauern über die Auslassungen des Herrn Doctors so wenig als über den Beschluß der Königsberger Stadtverordneten unterdrücken. Es mag für einen Bürger, einen freien wohlhabenden Mann schwer sein, sich in die Lage eines Volksschullehrers zu versetzen und ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; die Volksschullehrerarbeit läßt sich eben nicht mit der Elle messen. Wir empfehlen dem „Bildungsverein“, sich daraufhin nochmals den Passus über die liberalen Parteien in unserem Leitartikel von No. 52 v. J. durchzusehen und an der Hand der obigen Correspondenz, Hand auf's Herz zu erklären, ob wir übertrieben haben, wie er uns neulich zu verstehen gegeben hat. Leider steht der Fall mit Dr. Joh. Jacoby nicht vereinzelt da, sonst würden wir gern zu dergleichen Vorfällen im Interesse der guten Sache schweigen.

D. Red.“  
Von einem süddeutschen Lehrer auf obige Notiz aufmerksam gemacht, schickten wir dieselbe an Joh. Jacoby, und erhielten folgende Antwort, die ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, zu deren Abdruck wir aber nachträglich auf unsern Wunsch die Ermächtigung erhalten haben:

Königsberg, den 22. März 1875.  
Dem Berichte der „Berliner Pädagogischen Zeitung“, den Sie mir mitzutheilen die Güte hatten, liegen theils unrichtige Angaben theils Entstellung und Verdrehung der von mir gesprochenen Worte zu Grunde. Der Thatbestand ist folgender:

Im December v. J. hatte der Magistrat Königsberg eine dauernd höhere Belastung des Stadthaushalts-Staats mit 20,000 Thlr. beantragt, um sämtlichen städtischen Beamten — vom Oberbürgermeister bis zu den Steuererhebern und Voten — Wohnungsgeldzuschüsse geben zu können. Die Geldbewilligungs-Commission der Stadtverordneten erklärte sich — in Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt und der vor Kurzem erst stattgefundenen exorbitanten Erhöhung der Communalsteuer (20 Prozent Zuschlag zur Staatssteuer) — gegen den Magistratsantrag und schlug ihrerseits der Versammlung vor, nur allein den Lehrern an den beiden städtischen Gymnasien und der Realschule Wohnungszuschüsse — im Gesamtbeitrag von 5662 Thlr. — zu bewilligen. Die Nothwendigkeit dieser Ausnahme begründete sie damit, daß „es sich hier um eine Existenzfrage handele, der gegenüber alle sonstigen Gründe hinsichtlich seien; denn wolle man diese Institute nicht, an der Concurrenz der königlichen Anstalten zu Grunde gehen lassen, so müsse man die städtischen Lehrer den königlichen gleichstellen.“ — Ich sprach mich in der Sitzung vom 22. Decbr. für den Commissionssantrag aus und sagte u. A. mit Bezugnahme auf eine Aeußerung früherer Redner: „Allerdings liege uns hier eine Magenfrage“ vor, aber nicht bloß eine Magenfrage in Betreff der Beamten, sondern auch in Betreff der Steuerzahler; es komme darauf an, beide Fragen zu compensiren und zu erwägen, wo größerer Nothstand herrsche. Wenn der Herr Bürgermeister für die Beamten eintrete, so sei ihm dies nicht zu verwehren, die Stadtverordneten aber seien Vertreter der Stadt und als solche verpflichtet, auch das Interesse ihrer Wähler, der steuerzahlenden Mitbürger, wahrzunehmen. Wohl mag es in mancher Beamten-Familie laapp genug hergehen, aber statistisch erwiesen sei, daß in unserer Stadt eine überaus große Zahl von Familien sich mit einem Einkommen behelfen müsse, das noch bei weitem geringer ist als das der Beamten. Wenn ein Vorredner die Behauptung äußerte, daß „sich in wenigen Jahren auch in Beamten ein Proletariat heranzubilden werde“, so möge man doch nicht vergessen, daß unter den Steuerzahlern ein solches Proletariat schon längst bestehe und um so mehr wachsen werde, je stärker man die Steuererschraube anzieht. Was die Lehrer der beiden Gymnasien und der Realschule betrifft, so müsse man — aus den von der Commission angegebenen Gründen sich wohl oder übel dazu verstehen, ihnen ausnahmsweise den Wohnungszuschuß zu bewilligen, weil sonst die Fortdauer dieser Anstalten gefährdet wäre; auch sei demnach zu erwägen, daß die Wirksamkeit der Lehrer, insofern sie der Stadt tüchtige Bürger erziehen, mittelbar wiederum dem Reichthum der Stadt zu Gut komme.

Dies ungefähr war die Rede, die ich damals hielt. Unwahr ist die Angabe der „Berliner Pädagogischen Zeitung“, daß „die Servidentität — mit Ausschluß der Volksschullehrer — allen anderen städtischen Beamten gewährt worden“; unwahr ebenso die Behauptung, ich hätte „nur den Gymnasiallehrern die Fähigkeit und den Willen zuerkannt, tüchtige Bürger zu erziehen.“ Wer mich kennt, wird eine so unsinnige Aeußerung mir nicht zutrauen, und wer mir dergleichen zutraut, wird durch eine öffentliche Erklärung schwerlich beschämt werden.

Inwiefern Sie von der obigen Mittheilung Gebrauch machen wollen, stelle ich ganz Ihrem freien Ermessen anheim.

Mit herzlichem Brudergruß  
Ihr  
Dr. Joh. Jacoby.

## Gewerkschaftliches.

### Gewerkschaft der Schuhmacher.

Goltha. Nachstehende Anträge sind noch zur Generalversammlung gestellt:  
Rürnberg. Zur Krankenkasse. Das Recht auf Unterstützung erst nach 6 Monaten zu gewähren. — Mitglieder, welche an einem Ort in Arbeit stehen, wo weder eine Mitgliedschaft noch ein Spital vorhanden ist, sind verpflichtet, ihre Beiträge an den Vorort einzusenden. Im Erkrankungsfall hat ein solches Mitglied die

Quittungsbücher nebst einem ärztlichen Attest, welches Anfang sowie Ende der Krankheit beglaubigt, an den Vorort einzusenden und ist dann die Unterstützung auszusahlen. Fristen. —

Die Mitgliedschaft beantragt, daß ein Mitglied in nicht mehr als zwei Klassen der Krankenkasse eintreten darf.

Marburg. 1) Mit der Krankenkasse eine Invalidenkasse zu verbinden. 2) Gründung eines wöchentlich erscheinenden Organ. Mitgliedschaft Großsch. Paragraph 2 des Krankenkassen-Statutes dahin abzuändern, daß es in Zukunft heißen würde: wenn letztere das 55. Jahr noch nicht überschritten haben etc.

Mitgliedschaft Erfurt. Zu Paragraph 2 des Krankenkassen-Statuts: Statt das 50. Lebensjahr — das 45. Lebensjahr zu setzen. — Den Paragraphen 15 des Krankenkassen-Statuts dahin abzuändern: Bei Ableben eines Mitgliedes, sei es durch Eintritt des natürlichen Todes oder durch Selbstentlebung etc. — Im Paragraph 10 der Geschäfts- und Rassenordnung des Gewerkschaftsstatuts das Wort „unbedingt“ zu streichen.

Offenbach. 1) Wiedereinführung der Urabstimmung, wie sie Paragraph 25 der alten Statuten vorschreibt. 2) Abschaffung des Paragraph 10 der Geschäfts- und Rassenordnung der Statuten, denn derselbe macht Paragraph 27 der Statuten illusorisch. 3) Vereinfachung der technischen Geschäftsleitung betreffs der Quartalsabrechnungsbogen, an deren Stelle ergänzte Monatsbogen (Sind schon vorhanden, nur sollen erst die alten Formulare verbraucht sein. D. Vers.) und ein jährlicher statistischer Bogen. 4) Die Beiträge zur Krankenkasse so zu ergänzen, daß die Unterstützung auch für die verheiratheten Mitglieder in Erkrankungs-fällen für deren Familien das absolute Auskommen garantiert. 5) Persönlicher Antrag des Unterzeichneten. Die Generalversammlung wolle Mittel und Wege ansindig machen, damit in Zukunft von jeder Mitgliedschaft die Generalversammlung beschiedt werden kann. NB. R. Müßig ist zum Delegirten gewählt.

J. A. : H. Schäfer.

### Metallarbeitergewerkschaft.

Grimmischau. Nachstehend bringen wir die zur Krankenkassen-Statutenvorlage eingegangenen Ergänzungen, Abänderungen, Zusätze zur Kenntniß. Die Leipziger Mitgliedschaft beantragt zu § 1 folgenden Zusatz: Einführung einer juristischen Person, zu § 4: Eintrittsgeld 75 Pf., zu § 7: Wird Unterstützung gewährt, wenn das Mitglied ein öffentliches Krankenhaus benutzt. (Wird auch von Würzburg beantragt.) — Zur Geschäftsordnung: § 7. Mitgliedschaften bis 25 Mann behalten einen Saldo-Beitrag in der Distrikte von 60 Mark, dann 50 Mark doppelt als erstes u. s. w. (Würzburg beantragt statt 60 Mark 50 Thlr.)

Braunschweig beantragt: Einführung einer Sterbekasse, sowie Krankenunterstützung auch reisenden Mitgliedern zu gewähren. Bei Sterbefällen wird die Summe von 45 Mark bezahlt, setzt jedoch eine Angehörigkeit von 1 Jahr voraus. § 7. Die Leipziger Antrag.

Bolsenbüttel beantragt zu § 3: Die Hälfte des Eintrittsgeldes zur Gründung eines Reserfonds zu verwenden.

Saalfeld beantragt zu § 4: Der Kranke hat während der Krankheit keine Steuern zu entrichten. Zu § 5: Die Unterstützung dauert bloß ein halbes Jahr. Zu § 6: Bei etwaiger Beitrags-erhöhung allgemeine Abstimmung.

Bremerhafen beantragt: Bei syphilitischen Krankheiten keine Unterstützung.

Genossen! Um den „Vollstaats“ nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, haben wir bloß die Hauptpunkte der Ergänzungen zur Vorlage Euch zur Kenntniß gebracht, denn wenn wir jede Aenderung von den gesammten Mitgliedschaften veröffentlichten wollten, so langte der Raum des „Vollstaats“ kaum zu, und es bleibt dennoch die Durchberathung und Beschlußfassung der Generalversammlung überlassen. Jede eingegangene Aenderung der Vorlage kommt in der Generalversammlung zur Berathung, und hoffen wir sonach, unserer Ansicht nach recht gethan zu haben. Genossen! Wir eruchen Euch, welche Anträge zur Vorlage noch nicht eingesandt haben, dies sofort zu thun. Es werden und müssen Anträge, welche noch später eingehen (betreffs der Krankenkasse) zur Generalversammlung berücksichtigt werden. Noch diene zur Kenntniß, daß sämtliches Material zur Einführung von Krankenkassen verziffen ist. Man bittet selbstgeschriebene Abrechnungen einzusenden.

Mit Gruß Die Vorortverwaltung der Krankenkasse.  
J. A. : H. Habelig.

Saalfeld a. d. S. In der „Union“, Nr. 10, hat die Vorortverwaltung die Mitgliedschaften aufmerksam gemacht, daß für die Delegationskosten der diesjährigen Generalversammlung nicht, wie im Magdeburger Protokolle, Seite 18, bemerkt ist, Zuschüsse aus der Hauptkasse gewährt werden können! Diese Erklärung hat bei unserer Mitgliedschaft einige Enttäuschung hervorgerufen, denn es ist ohnedem keine leichte Sache, einen Mann auf eigene Kosten so weit zu senden und zu unterhalten. Die Vorortverwaltung wird doch selbst zugeben, daß es auch keine leichte Sache ist, bei jeglichem Geschäftsgange und ohne besondere Agitation binnen 7 Wochen die Mitgliedschaft auf 76 Mitglieder zu bringen; daß die Mitglieder von Anfang viel zu zahlen haben, wird die Vorortverwaltung auch zugeben, weil wir ja auch zugleich die Krankenkasse eingeführt haben. Durch solchen Beschluß kann es nur so weit kommen, daß bei der nächsten Generalversammlung nur der Ausschuß und die Mannheimer Mitgliedschaft vertreten werden. Wir empfehlen die Sache der Vorortverwaltung und sämtlichen Mitgliedschaften zur reiflichen Ueberlegung!

Im Aufrage

Ant. Bchovsky, Bevollmächtigter.  
P. S. Auch machen wir diejenigen Mitgliedschaften, die keinen Delegirten absenden können, darauf aufmerksam, daß wir geneigt sind, ein Mandat anzunehmen; weiter mögen sämtliche Mitgliedschaften dahin wirken, daß die Generalversammlung schon den ersten Feiertag eröffnet wird!

Rürnberg (Berichtigung). Der unter Rürnberg aufgeführte Antragsteller heißt nicht Riets, wie in Nr. 50 angegeben ist, sondern Riell.

### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Berlin. Zum Bremer Schneiderfeste. An alle Schneider Deutschlands! Soeben erhalte ich von gut unterrichteter Seite folgende Nachricht: Obgleich alle Zugschneider Bremens auf Seite der streikenden Gesellen stehen, so hat sich doch ein Zugschneider gefunden, welcher sich gebrauchen lassen will. Obgleich derselbe früher auch mit der Nadel sein dürftiges Brod verdienen mußte, so will derselbe jetzt doch den Fabrikanten Bremens Liebesdienste erweisen. Es ist dieses ein gewisser Herr Klau, früher einmal Zugschneider bei Adam in Berlin, und ist derselbe uns sehr gut im Gedächtnis. Derselbe will nämlich die Arbeit außerhalb Bremens fertig machen lassen, namentlich hat er sein Augenmerk auf Berlin gerichtet, die Kade sind alle zur Anprobe gemacht. Deshalb Collegen



geht Akt und thut Eure Pflicht unsern Bremer Kollegen gegenüber. Kollegen Deutschlands! Seht dem Bremer Strike nicht müßig zu, sondern bedenkt, daß der Arbeitgeberbund über kurz oder lang an Euch mit derselben Forderung herantreten kann, deshalb unterstützt die Bremer Kollegen materiell so viel wie möglich, damit der Arbeitgeberbund von vorneherein mit seinem Kartensystem unterliegt.

Alle arbeitserfreundlichen Blätter ersuche ich, hiervon Notiz zu nehmen.

L. Höppner.

NB. Unterstützungen sind zu senden an Herrn Aug. Post, Bojtgstr. 1, Bremen.

**Salle a. d. S. 27. April.** Kollegen allerorts! Wie ihr wißt, ist es Pflicht eines jeden Genossenschafts Mitgliedes, unsere Organisation so viel wie möglich auszubreiten. In Folge dessen wandte ich mich brieflich an die Kollegen unserer Nachbarstadt Eisleben. Ich erfuhr die Adresse eines dortigen Schneidergehilfen von einem Mitglied unseres Vereins, das früher dort gearbeitet hatte. Der Adressat hieß Hottisch. Meinen Brief schickte ich am 21. März nach Eisleben ab und wirklich erhielt ich schon am 26. April Antwort. In dem Briefe, der anonym ist, werde ich ein Aufwiegler, der nicht arbeiten und doch leben will, genannt, es wird mir mit der Staatsanwaltschaft gedroht und Beiteres mehr. Es ist klar, der Brief ist von einem Kollegen nicht geschrieben, denn soviel Ehrlosigkeit ist einem Arbeiter nicht zuzutrauen. Nun, die Herren Meister, die jedenfalls dahinter stehen, werden uns nicht abschrecken, auch ferner mit aller Kraft für unsere Grundzüge einzutreten.

Julius Meyer.

**Stehen.** An die Schneider Deutschlands! Unsere Kollegen in Bremen befinden sich augenblicklich im Streite mit ihren Arbeitgebern, weil dieselben sich die reaktionäre knechtende Einführung der Entlassungsscheine nicht wollten gefallen lassen. Bedenken wir, daß auch schon in anderen Städten ein ähnlicher Versuch gemacht worden ist, so muß sich uns die Ueberzeugung aufdrängen, daß dieses ein von der Gesamtheit entworfenen Plan ist, welcher überall durchgeführt werden soll. Ist es da nicht Pflicht eines jeden Schneidergehilfen, den Kampf der Bremer Kollegen zu dem seinigen zu machen? Bedenkt, daß unser Aller Freiheit auf dem Spiele steht und tretet ein wie ein Mann für die kämpfenden Brüder dadurch, daß ihr opferfreudig dieselben unterstützt. 300 Mann haben die Arbeit niedergelegt und keiner darf dieselbe wieder aufnehmen, bis diese Maßregel von den Meistern zurückgenommen ist; dafür haben wir zu sorgen. Wir wollen nicht schweidewedeln und uns an eine Kette schmiegen lassen, deshalb weisen wir mit Energie eine solche Gewaltmaßregel zurück. Die Freiheit, wenn zwar sehr beschränkt, welche wir noch besitzen, sollen unsere Meister und uns nicht rauben. Unsere Abhängigkeit von denselben ist doch wahrhaftig groß genug. Durch die heutige kapitalistische Produktionsweise ist unsere Selbständigkeit ganz und gar untergraben, und damit sollen sich die Herren begnügen. Mögen dieselben ihre egoistischen Pläne auf etwas Anderes lenken, wodurch sie sich vielleicht einige Achtung vor uns erringen können, durch das vorliegende Ansuchen wird die Luft, welche zwischen ihnen und uns besteht, nur noch erweitert. Darum, Schneider Deutschlands, einerlei, ob an einer Vereinigung theilhaftig oder nicht, thue Jeder seine Schuldigkeit. Lasse sich Niemand eine kleine Mühe verbrießen, und setz alle Genossen von dem Thatbestand in Kenntniß. Es kann Keiner so korrupt sein, daß er nicht die Pflicht erkenne, hier eine Beisteuer bringen zu müssen. Aber schnell!

Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe!

Die Unterstützungen sind zu senden an: A. Post in Bremen, Hankenstraße Nr. 25.

Sollte der Fall in Bremen nicht geeignet sein, die Augen derer zu öffnen, welche sich, wenigstens anscheinend, bis jetzt so gleichgültig gegen Alles, was zur Verhütung verartiger Fälle von Arbeitern schon geschaffen ist, gezeigt haben? — Sollten nicht auch diejenigen, welche bis jetzt einen Lokal- oder Fachverein für ausreichend hielten, Gelegenheit nehmen, das Bessere einer allgemeinen centralisirten Verbindung anzuerkennen? Schon so oft ist diese Nothwendigkeit vor Augen geführt worden; hier habt ihr noch ein Beispiel: Unsere Meister sind vereinigt über Deutschland, das macht dieselben lähn, und so etwas zu bieten. Dieselben wissen, daß der Allgemeine deutsche Schneiderverein viel tausend Schneidergehilfen nicht zu seinen Mitgliedern hat, das macht sie um so dreifacher. Zieht daher eine Lehre hieraus. Ein Drang nach Vereinigung durchzieht die Arbeiterbevölkerung Deutschlands. Schneider, Mitarbeiter, erkenne das Traurige Eurer Lage und erkenne das einzige Mittel zur Besserstellung derselben: die Vereinigung. Tretet massenhaft ein in dieselbe, welche schon vor Jahren geschaffen ist. Schon so oft ermahnen wir Euch, Euch an der Bewegung zu theilhaben. Hört diesen Mahnruf endlich wie er gehört werden soll und schließt Euch dem Allgemeinen deutschen Schneiderverein an, damit derselbe wird, was er sein soll: Eine Schutzwehr gegen die Reaktion und den Egoismus des Kapitals.

Mit Brudergruß

Walth. Klerz,  
Geschäftsführer des Allgem. deutsch. Schneidervereins.  
P. S. Alle Zuschriften werden an obige Adresse erbeten, welche jede Auskunft gern erteilt. Sämmtliche Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. D. D.

**Stehen.** Den Mitgliedschaften zur Nachricht, daß sich die Kollegen in Fürth in Baiern uns angeschlossen haben. Der Bevollm. heißt Fried. Quatember, im Gasth. zum Mohrenkopf. Der Bevollm. in Mainz heißt Karl Bäger, Stollgasse Nr. 12; der Kassirer Franz Hill, Janggasse Nr. 26. Ferner warne ich vor dem Schneider Alb. Walthers aus Weitz, Canton Bern (Schweiz). Derselbe hat bei seiner Abreise aus Konstanz die dortige Vereinsliste mitgenommen. — Warum bekomme ich keine Antwort auf meine Briefe von denjenigen Kollegen, welche schon längst an ihren Orten Mitgliedschaften gründen wollten? Sie wollen wohl die günstige Zeit verpassen, um später auf um so mehr Hindernisse zu stoßen. Es ist überhaupt nicht richtig, wenn man stets sagt: wir wollen die Vereinigung abwarten, alsdann werden auch wir uns anschließen. Zeigt, daß ihr Euch wirklich für die Sache interessiert, und vereinigt Euch mit uns, die Gelegenheit ist da; oder sprecht Euch aus, wenn ihr überhaupt nicht wollt, damit von uns vorgegangen werden kann.

Die Adresse des Hauptkassirers ist: Wlth. Pohrey, Mühlg. D. 72.

Mit Brudergruß

Bremen, 30. April. (Zum „Karten-Strife“ der Schneider Bremens f. „Volksstaat“, Nr. 48.) Am 28. April hatten wir hier eine öffentliche Arbeiter-Versammlung mit der Tagesordnung: „Der „Karten-Strife“ der Schneider Bremens“, Referent Herr Carl Kühn. Nachdem das Bureau gewählt war, ging Referent zu seinem Vortrage über und beleuchtete in erster Linie den Zweck und die Bedeutung der Arbeitskarten resp. Entlassungsscheine, und hob beson-

ders hervor, daß es die Arbeiter hauptsächlich darauf abgesehen hätten, den alten Zwangsweg wieder in verstärktem Maße einzuführen, um ihre Arbeiter nach Belieben wieder knechten und ausbeuten zu können; er wies ferner darauf hin, daß die Arbeitskarten eine große Bedeutung hätten, da die Arbeitgeber mit Zügigkeit auf deren Einführung beständen. Wenn (e auch sagten, es seien nur ganz harmlose Dinge, so sei das doch nur eine leere Phrase, womit sie den unwissenden Arbeiter hinter das Licht führen wollen. Wenn auch geschicklich auf den Karten nichts bemerkt werden dürfe, so wäre doch über Größe und Farbe des Papiers kein Befehl vorhanden, und wenn auch von alledem nichts wäre, so könnten sie schon dadurch eine Controle ausüben, weil alle Scheine von dem Bureau der Meister abgeholt werden müssen, woselbst die Namen der Arbeitnehmer gebucht werden. Darum sei es vor allen Dingen unsere Pflicht, fest zusammenzubalten, bis wir den Sieg errungen hätten, und dazu hätten wir bis jetzt noch die besten Aussichten, weil wir in geschlossener Phalanx daständen und weil auch Alle befehl seien von der Wichtigkeit der Sache. Zum Schluß wies Referent noch darauf hin, daß bei Ausbruch des Strifes die Sache erst lokaler Natur gewesen sei, jetzt aber blide die ganze Arbeiterwelt auf uns, weil die meisten Arbeiter den Zweck und die Bedeutung der Karten kennen. Referent forderte nochmals auf, fest zusammenzustehen, dann wäre der Sieg gewiß unser; die auswärtigen Kollegen hätten sich auch schon erboten, uns thätkräftig zu unterstützen. Nachdem sodann noch Hr. Fried in treffenden Worten zur Tagesordnung gesprochen hatte, wurde nachstehende, von Herrn Kühn eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung, bestehend aus Arbeitern aller Branchen, erkennt den Strike der Schneider für einen gerechten an, und erklärt es für Ehrensache aller Arbeiter Bremens, denselben mit allen Mitteln zu unterstützen.“

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A. Friedr. Fekermann.

### Correspondenzen.

**Mülheim, 27. April.** Endlich haben wir es so weit gebracht, hier wieder eine Versammlung abhalten zu können, und mit Stolz können wir auf das Resultat derselben blicken; mußten doch Hunderte wieder umkehren, da der Saal bis in den kleinsten Winkel besetzt war. Schuhmacher aus Eöln hatte das Referat über die Tagesordnung: „Die Staatsgefährlichkeit der Sozialdemokraten und der Arbeiterpiegel des Herrn Hartort“ übernommen. In einer fast stündigen Rede setzte Referent die angebliche Staatsgefährlichkeit der Sozialdemokraten ins rechte Licht, bewies durch officiell statistisches Material die Zulänglichkeit unserer Ansprüche, erläuterte dann verschiedene Punkte unseres Programms, und unterwarf dann den Arbeiterpiegel einer heftigen Kritik, wobei er nicht unterließ, gerade durch die National-Öconomien liberaler Schule, wie San, Ricardo und John Stuart Mill die Haltlosigkeit der Hartort'schen Sophismen darzulegen. Anschließend an die Ausführungen des Herrn Schuhmacher geistelte Herr Eckhardt den Fabrikanten (vulgo Arbeiterfreund) Hartort in recht derber, humoristischer Weise. Sodann folgte Herr Wykla und stellte die zitierten Hartort'schen Bibelprüche dar als das, was sie eigentlich sind: der Ausfluß eines alternden Pietismus und grenzenloser Heuchelei. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, stellte der Vorsitzende Billstein die Gründung eines Wahlvereins nach dem Einigungskongress in Aussicht und forderte die Anwesenden zum Anschluß an die Partei auf. Joh. Moskopp, Schriftführer.

### Genossenschaftsdruckerei zu Leipzig.

Wie aus einer Annonce in Nr. 40 des „Volksstaat“ (9. April d. J.) ersichtlich ist, beabsichtigt der Vorstand der Genossenschaftsdruckerei im Interesse des von ihm geleiteten Unternehmens ein Grundstück zu erwerben. Es ist erfreulich, berichten zu können, daß auf Grund jener ersten öffentlichen Anregung bereits die größere Hälfte des zur Anzählung erforderlichen Betrages gesichert ist und nur noch 5000 Thaler zu beschaffen sind.

Mit Rücksicht auf den, für die Genossenschaftsdruckerei bedeutungsvollen Schritt, wie als solcher immerhin der Ankauf eines Grundstücks zu bezeichnen ist, wurde vom Vorstand der Genossenschaft von vornherein absichtlich der Weg der vollen Öffentlichkeit gewählt, damit einestheils alle Mitglieder der Genossenschaft von der Sache unterrichtet und andernteils alle Gesinnungsgenossen von dem ergangenen Appell berührt und aufs Neue an ihre Pflichten gegen das überaus nützliche Druckerunternehmen erinnert würden. Der unterzeichnete Aufsichtsrath steht nicht an, nun auch seinerseits ein offenes Wort für den beabsichtigten Kauf zu sprechen, überzeugt, daß nur erst ein verhältnismäßig kleiner Kreis unserer zahlreichen Freunde sich sagen kann: „Du hast deine Pflicht erfüllt,“ jetzt aber um so mehr das letztere thun sollte, als die Genossenschaft an einem Punkte angelangt ist, der — wenn einmal überschritten — das bewährte Unternehmen wirtschaftlich völlig emancipirt und nach allen Seiten sicher stellt.

Bezüglich des Kaufes selbst halten wir weitere Ausführungen, als in der Annonce des Vorstandes mitgeteilt wurden, für geschäftlich unpraktisch und insofern für zwecklos, als bei der Organisation unserer Genossenschaft den Mitgliedern die besten Garantien strenger Controle und gewissenhafter Verwaltung gegeben sind. Wir gestehen gern, daß behufs Erlangung der noch erforderlichen 5000 Thlr. zwischen einigen Parteigenossen und dem Vorstande schon Verhandlungen schweben, allein sie ziehen sich in die Länge, gerade jetzt, wo es gilt, rasch zu handeln, um uns die günstige Kaufgelegenheit nicht entschlüpfen zu lassen. Denn je rascher der Abschluß erfolgt, desto vortheilhafter wird er für die Druckerei sein. Unsere Aufforderung zur Theilnahme ergeht an alle Gesinnungsgenossen, welche in der Lage sind, ihr Interesse an dem Gedeihen unserer Sache durch Zeichnung von Antheilscheinen (1 Schein = 10 Thaler) oder durch Ueberlassung zinsbarer Darlehne gegen entsprechende Sicherheit zu bekunden.

Bei der stetigen Erweiterung des Geschäftskreises der Druckerei wird die baldige Beschaffung eines größeren Geschäftslokales, da das jetzige Lokal nicht mehr ausreicht, zur zwingenden Nothwendigkeit. Dies ist angesichts des bevorstehenden Umzuges der Druckerei (am 1. Oktober) entscheidend für die Frage: „ob mieten, ob kaufen.“ Mithen wir ein neues Lokal, dann müssen wir nicht nur einen hohen Preis bezahlen, welcher die Ertragsfähigkeit des Geschäftes schmälert, sondern uns auch allen Zufälligkeiten eines Miethverhältnisses aussetzen. Beides ist wohl zu erwägen, zumal die Expedition des „Volksstaat“ mit der Genossenschaftsdruckerei verbunden bleiben muß.

Gleich dem Vorstand hat sich auch der unterzeichnete Aufsichtsrath für den projektirten Kauf entschieden. Derselbe glaubt damit das Beste für die Genossenschaft zu treffen und wird in dieser Hinsicht ermuntert durch die Gutachten unparteiischer Sachverständiger,

welche den Kauf als durchaus empfehlendwerth bezeichnen. Möge daher dieser Aufruf seine Wirkung thun!

Für die Genossenschaftsdruckerei bestimmte Briefe und Gelder sind an E. Hablich, Genossenschaftsdruckerei, Leipzig, Zeigerstraße 44 zu adressiren.

Statuten und vorjährige Abrechnungen sind von Hablich gratis zu beziehen.

Hamburg, 1. Mai 1875.

Der Aufsichtsrath.

J. A.:

J. Auer, August Geib.

### Briefkasten

#### Quittung

der Expedition. R. Brill Auger Ab. 1.20. B. Brühl Berlin Ann. 1.40. R. Wilt hier Ab. 6.00; Schr. 0.60. Rößbrgr Werban Schr. 1.70. Rühr Hamburg Ann. 0.50. Wgl hier Ab. 0.55. Briz Mainz, Ab. 2.70. Bühr hier Ab. 1.80. Wbr hier Ab. 1.55. Rißg Dresden Schr. 2.00. J. Endrs Augsburg Ab. 77.53. Dr. Betzdahl Fürth Schr. 17.15.

Für die ausgesperrten Arbeiter der Vogel'schen Fabrik. Von Augsburg durch Landmann 13 R. Ludwig.

#### Zum Wahlfond.

Bon E. in Burzen 3.00. Bon Arbeitern der Schleb'schen Cigarrenfabrik d. Fischer Berlin 1.75. Bon einem Gesinnungsgenossen in Kachen 15.00.

#### Genossenschaftsdruckerei.

Antheilscheine bez. Antheilquittungen erzielten ferner: In Amsterdam J. B. 300.00.

### Anzeigen etc.

Die rechts in [ ] angegebene Ziffer bedeutet den Preis der betreffenden Annonce in Reichspfennigen.

**Augsburg** Sonntag, den 9. Mai, Vormittags 10 Uhr: Monats-Versammlung, bei Bierbrauer Gismair, vis à vis der Jakobikirche, Nebenlocal, Eingang: vom Thor links, woselbst auch für die Folge die Versammlungen des Vereins abgehalten wer en, worauf die Mitglieder hiermit aufmerksam gemacht werden. Der Ausschuß. [60]

**Breslau** Montag, den 10. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn G. Scholz, Behnerstr. und Klein-Großengasse - Ecke: Allgemeine Sozialistenversammlung. L. D.: Die Wahl der Delegirten zum Congress. — Jeder hierige Sozialdemokrat wird ersucht zu erscheinen. Das Comité. [60]

**Duisburg** Sonntag, den 9. Mai, Nachmittags 4 Uhr, im Locale des Wirthes L. Stern, Unterstraße. — Tagesordnung: 1. Berathung des Entwurfs zur Vereinigung sämmtlicher Sozialdemokraten Deutschlands; 2. Wahl eines Delegirten zum Congress. Sämmtliche Sozialdemokraten der Umgegend, besonders Ruprodt, Stodum, Reiderich, Mülheim a. d. R. und Oberhausen, werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. J. A.: S. Feunmann. [80]

**Hamburg** Sonnabend, den 8. Mai, in Klett's Gesellschaftsgarten, Weststraße 8, (Anfang Abends halb 9 Uhr): Großes Solal- und Instrumental-Concert nebst Ball. Festeude von August Geib. Kassenpreis 60 Pfennige. Karten im Voraus 45 Pfennige. Damen frei.

Karten sind zu haben bei Burmeister „Stadt Berlin“, großer Neumarkt 44; — Geib, Adingmarkt 12; — Reeser große Johannisstraße 11; ferner in den Versammlungen. Zu zahlreichem Besuch ladet ein (26) Das Comité. [225]

**Hannover** Alle Briefe, in Betreff der Agitation des achten hannoverschen Wahlkreises, sind von heute ab an das Comité p. a. d. Restaurateur Rathes, Neustraße 45 zu adressiren. Das Agitations-Comité

**Hamburg** Öffentliche Cigarrenarbeiter-Versammlung. Sonnabend, den 8. Mai, Abends 9 Uhr, im „Salon zum Roland“, 1. Jakobstraße. — Tagesordnung: Die Vereinigung der Arbeiter in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung. Referent: Herr Breuel. — Um zahlreiche Theilnahme ersucht. 3. Richter. [50]

**Kleinschöcher** Demokratischer Arbeiterverein. Die Mitglieder werden ersucht, Sonnabend, den 8. Mai pünktlich zur Sitzung zu erscheinen. Tagesordnung: Der Einigungs-Congress. — Auch wird um die Steuer gebeten. Der Vorstand. [50]

**Leipzig** Freitag, den 7. Mai, Abends punkt 8 Uhr, im Saale der „Tonhalle“: (Einlaß in den Saal 1/8 Uhr) Allgemeine Wählerversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagskandidaten August Bebel. NB. Den Anordnungen der an rothen Schleifen erkennlichen Ordner ist Folge zu geben, und wird ersucht, nicht auf Tische, Stühle und Bänke zu steigen. Das soz.-dem. Wahl-Comité. J. A.: B. Finl. [90]

**Leipzig** Metallarbeiter-Genossenschaft. Mittwoch, den 12. Mai, Abends 8 Uhr: Versammlung Nicolaistraße Nr. 38 (im goldenen Ring). Tagesordnung: 1) Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung; 2) Discussion über eingelaufene Anträge. Das Erscheinen aller ist unbedingt nothwendig. — Aufnahme neuer Mitglieder. [70]

## 50 Sattler

finden sofort lohnende und dauernde Arbeit.

### Militair-Armatur-Fabrik

Frankfurt am Main, Langestraße 23. [200]

Soden erschien in 2. Auflage

### Die industrielle Arbeiterfrage

und die Forderung eines

### Neuen Arbeitsrechts.

Vortrag, gehalten auf der Volksversammlung des Congresses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Coburg am 19. Juli 1874 von Th. Nord.

Preis 25 Pf. pro Exemplar.

Der aus dem Verkauf dieser zweiten Auflage sich ergebende Rein-Gewinn ist für die Hinterbliebenen Nord's bestimmt.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Verantwortlicher Redakteur: S. Kindl.

Redaktion Hofstraße 4, Expedition Zeigerstraße 44, in Leipzig.

Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.